

Prof. Werner Siebert aus Kassel ist neuer Präsident der European Hip Society (EHS)

Die European Hip Society (EHS) ist eine Gesellschaft, die sich insbesondere mit Fragestellungen rund um das Hüftgelenk vom Kind bis zum Greis beschäftigt. Die EHS hat Mitglieder aus bislang 27 europäischen Ländern – darunter auch die Türkei und Russland – und sogar aus 10 nicht-europäischen Ländern. Alle 2 Jahre führt die EHS einen großen, mehrtägigen Kongress über alle damit verbundenen Themen durch. Der letzte Kongress war jetzt unter Kongresspräsident Gösta Ullmark in Stockholm vom 09. bis 11. Oktober 2014 ein großer Erfolg mit mehr als 1.000 Teilnehmern, wohlgefüllten Kongresssälen und einem hervorragenden Rahmenprogramm. Auf diesem Kongress wurde Prof. Werner Siebert in sein Amt als neuer EHS-Präsident eingeführt.

Die EHS hat ihre Statuten auch dahingehend verändert, dass sie sich für junge Mitglieder besonders geöffnet hat. Zum halben Beitrag von nur 50 Euro pro Jahr können junge Orthopäden/Unfallchirurgen in Ausbildung jetzt in die EHS aufgenommen werden und haben Zugang zu der Gesellschafts-Zeitschrift „Hip Interna-



Abbildung 1 Prof. Dr. med. Werner Siebert (rechts) aus Kassel ist jetzt der neue EHS-Präsident. Hier bei der Übergabe der Amtskette am 11.10.2014. Links: Past-President (2012–2014) Gösta Ullmark aus Schweden.

tional“ sowie zu verschiedenen Möglichkeiten im Internet der Gesellschaft sowie reduzierte Eintrittspreise bei Kursen und Veranstaltungen der EHS.

Alle Informationen finden Sie unter:
www.european-hip-society.org; www.ehs-congresses.org 

Schweizer Volksabstimmung zu Privatmedizin

Schweizer Volksabstimmung sendet positive Signale für die Zukunft der Privatmedizin auch in Deutschland. Zunehmende Defizite der gesetzlichen Krankenkassen in Deutschland lassen Zweifel am Fortbestand der Versorgungsqualität für die gesetzlich versicherten Patienten aufkommen.

Ende September dieses Jahres fand in der Schweiz eine interessante und im Ergebnis weitreichende Volksabstimmung statt. Dabei stimmten fast zwei Drittel der Schweizer Wähler gegen eine Gesetzesinitiative, welche die Einführung einer öffentlich-rechtlichen Krankenkasse, und damit als einheitliche Pflichtkasse für jede

in der Schweiz lebende Person forderte. Eine Zustimmung zu dieser Forderung hätte gleichzeitig das weitgehende Aus für rund 60 private Krankenkassen bedeutet. Der Schweizer Bundesrat und das Schweizer Parlament hatten sich zuvor bereits mit nachvollziehbaren Argumenten offen gegen die Initiative ausgesprochen. „Kaum kalkulierbare Kosten des Systemwechsels und absehbar deutlich schlechtere Versorgungsqualität durch Abschaffung des bisher funktionierenden Wettbewerbs, sind Argumente, die eins zu eins auf Deutschland zu übertragen sind“, so der Vorsitzende des deutschen Privatärztlichen Bundesverbands e.V. (PBV), Dr. Norbert Franz.

Hinzu komme, „dass die kürzlich bekannt gewordenen neuerlichen Defizite der gesetzlichen Krankenkassen in Deutschland, den dauerhaften und nachhaltigen Fortbestand der Qualitätsstandards für die gesetzlich Versicherten in Frage stellen.“ 

Quelle und Kontaktadresse

Privatärztlicher Bundesverband e.V.
 Pressestelle
 Dreisamstr. 1, 76337 Waldbronn
 Tel.: 07243 715363
 Fax: 07243 65544
 mail@pbv-aerzte.de
 www.pbv-aerzte.de